

---

**Vorsitz: Mongolei****781. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 25. Februar 2015  
  
Beginn: 10.05 Uhr  
Unterbrechung: 13.00 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr  
Schluss: 15.50 Uhr
  
2. Vorsitz: P. Gansukh  
D. Munkh-Ochir
  
3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:  
  
Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: UMSETZUNG VON  
RESOLUTION 1325 DES SICHERHEITSRATS DER  
VEREINTEN NATIONEN (UNSCR)  
  
– *„Frauen und Konflikte – Herausforderungen bei der Umsetzung von UNSCR 1325“, Vortrag von K. Nordmeyer, Vorsitzende von UN Women Nationales Komitee Deutschland e. v.*  
  
– *„Die Umsetzung von UNSCR 1325 im OSZE-Kontext“, Vortrag von M. Beham, Leitende Beraterin für Genderfragen, Büro des Generalsekretärs*  
  
Vorsitz, K. Nordmeyer, Leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen (SEC.GAL/38/15 OSCE+), Lettland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, Monaco und der Ukraine) (FSC.DEL/35/15), Österreich (auch im Namen Finnlands, Kasachstans und der Türkei) (Anhang 1), Irland (Anhang 2), Vereinigte Staaten von Amerika, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island (Anhang 3), Norwegen (Anhang 4), Kanada,

Afghanistan (Kooperationspartner), Kroatien, FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 (Türkei), FSK-Koordinator für den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (Tschechische Republik), Russische Föderation, Ukraine

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/37/15) (Anhang 5), Lettland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/36/15), Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation, Kanada, Deutschland, Vereinigtes Königreich, Österreich

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Organisatorische Sitzung am 2. März 2015 in Vorbereitung des fünfundzwanzigsten Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung (AIAM):* Vorsitz
- (b) *Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen am 24. Februar 2015:* Vorsitzender des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (Spanien)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 11. März 2015, 10.00 Uhr im Neuen Saal

---

**781. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 787, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ÖSTERREICHS (AUCH IM NAMEN VON  
FINNLAND, KASACHSTAN UND DER TÜRKEI)**

Zunächst möchte ich dem FSK-Vorsitz dafür danken, dass er dieses Thema auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt hat.

Unser Dank richtet sich auch an Karin Nordmeyer, die Vorsitzende von UN Women Nationales Komitee Deutschland, und an Botschafterin Miroslava Beham, Leitende Beraterin für Genderfragen, für ihre ausführlichen Vorträge.

Österreich, Finnland, Kasachstan und die Türkei messen einer Gender-Perspektive als festem Bestandteil des umfassenden Sicherheitsansatzes der OSZE größte Bedeutung bei. Wir glauben, dass die OSZE mit diesem Ansatz an vorderster Front der internationalen Bemühungen um eine ganzheitliche gleichberechtigte Teilhabe der Frauen steht. Dies wird besonders an dem sich entwickelnden Rahmen des UN-Sicherheitsrates für Frauen, Frieden und Sicherheit deutlich, etwa durch die Verabschiedung der UNSCR 2122 im Oktober 2013, in der die Rolle der regionalen Organisationen im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit betont wird. Der bevorstehende 20. Jahrestag der Erklärung und Aktionsplattform von Beijing sowie der 15. Jahrestag der Resolution 1325 bieten uns eine hervorragende Gelegenheit, unser Instrumentarium zu aktualisieren und die Umsetzung der einschlägigen UNSC-Resolutionen im OSZE-Raum zu verbessern. Genau das ist Sinn und Zweck des von Österreich, Finnland, Kasachstan und der Türkei gemeinsam eingebrachten Entwurfs zu einem OSZE-weiten Aktionsplan über Frauen, Frieden und Sicherheit.

Mit diesem Entwurf sollen keine neuen Verpflichtungen für die OSZE-Teilnehmerstaaten geschaffen, sondern unsere Instrumente zur Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit verbessert werden. Hauptziel unserer Bemühungen ist es daher, die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten, das Sekretariat, die Institutionen und die Feldmissionen zu verbessern, Orientierungshilfe in diesem Bereich zu geben und eine Plattform für den Austausch von Best Practices und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen.

Wir hoffen, dass der Aktionsplan dank der anhaltenden Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten ohne weitere Verzögerungen verabschiedet wird.

Danke.

---

**781. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 787, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION IRLANDS**

Irland unterstützt die Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich und möchte einige Worte in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Wir danken Frau Nordmeyer und Botschafterin Beham für ihre aufschlussreichen Beiträge. Das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit steht heute – knapp 15 Jahre nach der ersten Resolution – mit gutem Grund ganz oben auf der internationalen Agenda. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass die OSZE eine hilfreiche und ergänzende Rolle in diesem Bereich spielen kann und sollte. Diese sieben verbindlichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats enthalten Elemente, die für alle drei Sicherheitsdimensionen der OSZE Relevanz haben. In diesem Zusammenhang danken wir der FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten betreffend die UNSCR 1325 für ihre Bemühungen, dieses Thema auf unserer Tagesordnung zu behalten, unterstützen uneingeschränkt den OSZE-weiten Aktionsplan, wie er von Österreich, Kasachstan, Finnland und der Türkei vorgeschlagen wurde, und danken diesen Teilnehmerstaaten für ihre Initiative.

Herr Vorsitzender,

Ich möchte bei dieser Gelegenheit das FSK darüber informieren, dass nunmehr der zweite Nationale Aktionsplan Irlands über Frauen, Frieden und Sicherheit für den Zeitraum 2015 – 2018 von der Regierung genehmigt wurde. Er wurde letzten Monat vom Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel vorgestellt und ist nun online verfügbar.

Ein wichtiger Teil des offenen und transparenten Konsultationsprozesses war der Austausch mit Betroffenen und Interessierten, insbesondere mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, Wissenschaftlern und Frauen, die – sei es in Irland oder in anderen Ländern – von Konflikten betroffen sind. Unser Minister hob den Stellenwert der 37 im Ministerium eingegangenen Stellungnahmen hervor und dankte den über 100 Teilnehmern an dem beratenden Workshop in Dublin für ihr Interesse.

Irland ist nicht nur davon überzeugt, dass die OSZE eine wesentliche Rolle im Vorankommen in der Agenda zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit einnehmen muss, sondern auch, dass die Umsetzung dieser Agenda in der Förderung der Sicherheit in der OSZE-Region eine wesentliche Rolle zu spielen hat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**781. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 787, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ISLANDS**

Island bekennt sich weiterhin unverbrüchlich zur Umsetzung und Förderung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates und der nachfolgenden Resolutionen über Frauen, Frieden und Sicherheit.

Island verabschiedete 2008 seinen ersten nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325. Anfang 2013 wurde ein neuer Aktionsplan für den Zeitraum 2013 – 2016 verabschiedet, in den die jüngeren Resolutionen eingeflossen sind. Der erste Jahresbericht über die Durchführung des neuen NAP wird derzeit fertiggestellt.

Der Nationale Aktionsplan spielt eine wichtige Rolle für den Beitrag Islands zur Friedensarbeit. Alle Personen, die von Island auf Friedensmissionen entsandt werden, erhalten vorab eine Unterweisung zum Thema Geschlechtergleichstellung und zu den Resolutionen über Frauen, Frieden und Sicherheit und sind angehalten, während ihres gesamten Einsatzes über ihre Fortschritte bei der Umsetzung der Resolutionen zu berichten.

Island unterstützt auch die Durchführung der Agenda der NATO zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit. Mit einer neuen Politik und dem 2014 verabschiedeten neuen Aktionsplan 2014 für Frauen, Frieden und Sicherheit ist derzeit innerhalb des Bündnisses eine zunehmende politische Dynamik in diesem Bereich zu beobachten.

Island würde einen Konsens über die Erstellung eines vergleichbaren OSZE-Aktionsplans begrüßen.

---

**781. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 787, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

Norwegen geht voll und ganz mit der Erklärung der EU konform. Ich möchte diese zusätzliche Erklärung in meiner nationalen Eigenschaft abgeben.

Norwegen möchte Karin Nordmeyer, die Vorsitzende von UN Women Nationales Komitee Deutschland, und Botschafterin Miroslava Beham, die Leitende Beraterin für Genderfragen im Büro des Generalsekretärs der OSZE, herzlich willkommen heißen und ihnen für ihre aufschlussreichen Vorträge über die Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates danken.

Die Regierung Norwegens verstärkt ihre Bemühungen zur Förderung der Agenda zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit. Am 16. Februar präsentierte die norwegische Ministerpräsidentin Erna Solberg gemeinsam mit vier Ministern einen neuen Nationalen Aktionsplan über Frauen, Frieden und Sicherheit für den Zeitraum 2015 – 2018.

In ihrer Ansprache stellte Ministerpräsidentin Solberg fest, dass „Frauen von Kriegen und Konflikten besonders stark betroffen sind. Obwohl die Lage der Frauen in von Konflikten betroffenen Ländern zunehmend Beachtung findet, werden noch immer Frauen getötet, zur Flucht aus ihrem Zuhause gezwungen oder sexuell missbraucht; sie leiden Hunger oder brauchen Hilfe. Frauen werden daran gehindert, an der Gesellschaft oder an Friedensverhandlungen teilzunehmen. Es ist unerlässlich, dass Frauen auf Entscheidungen, die sich auf ihre Zukunft auswirken, Einfluss nehmen können.“

Herr Vorsitzender,

in diesem Jahr begehen wir den 15. Jahrestag der Verabschiedung der Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit, auf die sechs weitere Resolutionen folgten. Der norwegische Nationale Aktionsplan hilft der Regierung sicherzustellen, dass die Resolutionen in der Praxis eingehalten werden.

Frau Solberg sagte ferner: „Es ist mir wichtig zu betonen, dass Männer ebenso viel Verantwortung wie Frauen dafür tragen, dass in Prozessen zur Verwirklichung von Frieden



und Sicherheit den Bedürfnissen beider Geschlechter entsprochen wird. Die aktive Teilhabe von Männern und Frauen an der Gesellschaft ist auch für die Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung von entscheidender Bedeutung.“

Die norwegische Regierung wird sich systematisch bemühen, die Teilnahme von Frauen an Friedensprozessen zu fördern, die Ausbildung darüber, wie den humanitären und Sicherheitsbedürfnissen der Frauen Rechnung getragen werden kann, zu verbessern und dazu beizutragen, dass die wirtschaftliche und politische Stellung und die gesetzlich verankerten Rechte der Frauen in Friedensprozessen stärker berücksichtigt werden.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**781. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 787, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

im Zusammenhang mit der heutigen Erklärung der russischen Delegation über den Status der Autonomen Republik Krim (ARK) möchte die Ukraine Folgendes betonen:

Das Völkerrecht verbietet die Aneignung eines Teils oder der Gesamtheit des Hoheitsgebiets eines anderen Staates durch Zwang oder Gewalt. Die Autonome Republik Krim, die nach wie vor fester Bestandteil der Ukraine ist, wurde von der Russischen Föderation unter Verletzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und der Normen des Völkerrechts widerrechtlich besetzt und annektiert. Rechtswidrige Handlungen der Russischen Föderation haben keine wie immer gearteten Rechtsfolgen für den Status der ARK als fester Bestandteil der Ukraine. Die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen wird durch das Völkerrecht und die Resolution 68/262 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 27. März 2014 mit dem Titel „Territoriale Unversehrtheit der Ukraine“ geschützt.

Die Russische Föderation verletzt nun so grundlegende Prinzipien aus der Schlussakte von Helsinki wie die souveräne Gleichheit und die Achtung der Souveränität inwohnenden Rechte, die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die territoriale Integrität der Staaten, die friedliche Regelung von Streitfällen, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Wir fordern die Russische Föderation auf, sich wieder auf die Grundsätze des Völkerrechts zu besinnen und die Annexion der Autonomen Republik Krim rückgängig zu machen.

Die Delegation der Ukraine ersucht um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.